

Schildgasse bleibt länger als geplant

Die Gemeinschaftsunterkunft bis Ende 2018 abzubauen, ist nicht mehr im Gespräch / Land fördert Integrationskonzept.



Die Gemeinschaftsunterkunft in der Schildgasse bleibt vorerst bestehen.
Foto: Archivfoto: Ingrid Böhm-Jacob

RHEINFELDEN. Der Landkreis wird die Gemeinschaftsunterkunft (GU) in der Schildgasse doch nicht zum 31. Dezember 2018 schließen. Der Grund ist eine Änderung des Asylverfahrens. Was dem Landkreis erneut Flexibilität abverlangt, bedeutet für die Stadt eine Entlastung. Denn sie kann in der GU nun anerkannte Asylbewerber für bis zu ein Jahr unterbringen.

Die Unterbringung

Zunächst hatte das Land geplant, alle Asylbewerber so lange in den Erstaufnahmestellen zu lassen, bis ihr Status geklärt ist. Nun aber sollen die Erstaufnahmestellen nur bis zu 60 Prozent ausgelastet werden. Das bedeutet für die Kommunen, dass wieder mehr Flüchtlinge schneller bei ihnen ankommen.

Wie bereits mehrfach berichtet, hatte die Stadt zwischenzeitlich größte Probleme, die sogenannte Anschlussunterbringung zu gewährleisten. Mit dem vorläufigen Erhalt der GU Schildgasse und einer Änderung bei der Unterbringung wurde dieser Druck nun abgefedert, wie Bürgermeisterin Diana Stöcker erklärt.

Bislang kamen anerkannte und nicht anerkannte Flüchtlinge nach drei Monaten in Gemeinschaftsunterkünften in die Anschlussunterbringung. Die neue Regelung sieht vor, dass

anerkannte Flüchtlinge nun sechs Monate in der GU bleiben, mit der Möglichkeit, weitere sechs Monate dranzuhängen. Für abgelehnte Asylbewerber muss weiterhin nach drei Monaten Wohnraum außerhalb der GU gefunden werden.

Aufgrund dieser Entwicklungen wird die Schildgasse nicht Ende 2018 geschlossen. "Mittelfristig wird sie aber definitiv abgebaut, weshalb auch nicht mehr saniert wird", so Stöcker. Eine langfristige weitere Nutzung könne sie sich nicht vorstellen. Für die GU Römerstraße bleibe es beim Abbauszenario 2022.

Aktuell nutzt die Stadt ein Haus in der Schildgasse für rund 22 anerkannte Flüchtlinge als Anschlussunterbringung, die Ende Jahr in den Neubau an der Werderstraße umziehen sollen. "Das läuft meiner Kenntnis nach gut. Sie werden engmaschig betreut und bekommen Hilfe bei Alltagsfragen", so Stöcker. Dazu zähle auch Energiesparen oder Mülltrennen. Für diese Betreuung, die bislang ein Jahr dauert, sind Sozialbetreuer der Caritas im Einsatz. Auch hier wird es eine Änderung geben.

Die Integrationsmanager

Das Land möchte die Integration der Flüchtlinge fördern und will rund 1000 Stellen für sogenannten Integrationsmanager schaffen. Davon könnten zwischen 16 bis 20 auf den Kreis Lörrach entfallen. "Kleinere Kommunen, zum Beispiel im Wiesental, können sich so eine Stelle teilen; wir sind groß genug für eine", so Stöcker. Um diese zu besetzen, gibt es zwei denkbare Modelle: Die Stadt beauftragt die Caritas, die bereits jetzt die Sozialbetreuung der Flüchtlinge übernimmt, einen solchen Integrationsmanager einzustellen. "Oder wir machen das selbst", so Stöcker. Am Dienstag wird der Landkreis die Kommunen über das Verfahren genauer informieren. Mit diesem Pakt der Integration soll eine 24-monatige Sozialbetreuung der anschlussuntergebrachten Flüchtlinge gewährleistet werden.

Aus einem anderen Fördertopf des Landes bekommt die Stadt ebenfalls Geld, das in die Ausarbeitung eines Integrationskonzeptes fließen soll.

Das Integrationskonzept

Um die Integration zu fördern und die verschiedenen Akteure und Strukturen besser miteinander zu vernetzen, möchte die Stadt ein Integrationskonzept auflegen. Dafür bekommt sie laut einer Pressemitteilung des Landtagsabgeordneten Josha Frey 50 600 Euro. Ziel des Konzeptes ist neben der Vernetzung auch festzustellen, wo noch Integrationslücken sind, so Stöcker.

Auch wenn sich beim Thema Flüchtlingsunterbringung "beinahe täglich" etwas ändert – eines ist für Stöcker konstant geblieben. "Um wirklich integriert zu sein, braucht es die Sprache." Sie kenne einige Syrer die nach kurzer Zeit fließend deutsch sprechen. "Das sind meist Menschen mit einem hohen Bildungsgrad." Andere seien Analphabeten.

Ganz erstaunlich und enorm findet Stöcker, dass gut die Hälfte der 143 anerkannten Flüchtlinge auf eigene Faust Wohnungen gefunden haben. "Sei es durch Kontakte, Anzeigen und auch Hilfen von anderen Migranten."